

Die illegale Privatisierung darf nicht allein betrachtet werden

Liebe Leserinnen und Leser

Seit dem Jahre 2020 wird die heimliche und illegale Umwandlung der einstigen öffentlich-rechtlichen Institutionen zu unvollständig gegründeten Kapitalgesellschaften öffentlich thematisiert, und es konnte ein breiteres Publikum darüber aufgeklärt werden, dass die Schweiz wie viele andere Nationen eine Aktiengesellschaft¹ ist.

Gleichzeitig wurden die nicht mehr hoheitlich legitimierten «Behörden» und «Ämter», die Justiz und die Politik² damit konfrontiert, doch alle leugnen diese Tatsache vehement oder versuchen, sie zu ignorieren, obschon eine Fülle an Indizien und Beweisen vorliegt. So findet man im Internet diese Gesellschaften mit dem korrekten Handelsnamen wie Bundesverwaltungsgericht AG, Kanton Glarus AG, Finanzdirektion des Kantons Zürich AG, Tribunal cantonal GmbH (Wallis), Handelsregister AG Zug etc.³

Politik, Gerichte und Verwaltungen ignorieren die illegale Privatisierung.

Diese Negierung passiert nicht zufällig, ist doch die Umwandlung in Kapitalgesellschaften nur ein kleiner Teil der von langer Hand geplanten und verdeckt ablaufenden Veränderungen. Mit dem bevorstehenden Eingeständnis fällt der erste Dominostein, was zum Einsturz des kriminellen Gesamtgefüges führen wird.

Die Privatisierung ist ein Teilprozess von übergeordneten Prozessen, die seit langer Zeit verdeckt ablaufen.

Die Aufhebung der parlamentarischen Obergericht⁴

Bereits im Jahre 2005 wurde aufgrund von offiziellen Amtsdokumenten aufgedeckt, dass die parlamentarische Obergericht in den 1950er Jahren aufgehoben wurde. Entgegen den Versuchen, das in der Öffentlichkeit zu thematisieren, scheiterte dieses Vorhaben auch am Interesse des Volks.

Dieser Prozess begann bereits in den 1910er Jahren, wurde aber erst ab 1970 flächendeckend umgesetzt. Damit wurde der Staatsverwaltung, insbesondere den Gerichten, ermöglicht, vorsätzlich willkürlich zu urteilen. Diese Erkenntnis basiert auf den öffentlich zugänglichen Protokollen der Justizkommissionen der Kantonalparlamente sowie der statistischen und textlichen Analyse der Geschäftsberichte der Gerichte.

Die Gerichte urteilen vorsätzlich willkürlich und die Parlamente lassen sie gewähren.

Als Grund für die Aufhebung wird Artikel 320 des 1942 neu in Kraft getretenen Strafgesetzbuches, Verletzung des Amtsgeheimnisses, vorgeschoben. Dieser stehe einer parlamentarischen Kontrolle von Gerichtsurteilen und Entscheidungen der Staatsanwaltschaft im Wege. Damit die Obergericht abgeschafft werden konnte, wurde die Ideologie der sogenannten «Gewaltenteilung» eingeführt, die eine ernstzunehmende Kontrolle verunmöglicht und behördlichen Machtmissbrauch geradezu begünstigt.

Es stellte sich heraus, dass die Protokolle der Subkommissionen der Geschäftsprüfungskommissionen von National- und Ständerat seit den 1920er Jahren und früher, aber auch alle anderen Protokolle der Kantonalparlamente unter Verschluss sind. Was muss hier versteckt werden?

Weshalb sind 100-jährige Protokolle unter Verschluss?

¹ <https://www.law.cornell.edu/cfr/text/26/301.7701-2>

² www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Schweizerische Eidgenossenschaft à Bundesversammlung à Beschwerde an die Bundesversammlung vom 3. November 2022

³ www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Allgemein à Listen à Liste von amtsanmassenden Unternehmen mit richtigem Handelsnamen

⁴ www.brunner-architekt.ch à Politik à Geschichte im Zusammenhang à Das manipulierte Rechtssystem

Aufgrund der analysierten Akten geht schlüssig hervor, dass die Gerichtswillkür eine direkte Folge der Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht ist, welche durch Parlamente, Regierungen und Gerichte gemeinsam erfolgte und gegen das Volk gerichtet ist.

Parlamente, Regierungen und Gerichte agieren gegen das Volk. Sie sind deren Feind.

In der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (SR 0.101) heisst es in Art. 6, dass Streitigkeiten von einem unabhängigen und unparteiischen, auf Gesetz beruhenden Gericht zu verhandelnden seien. Sie wurde 1974 durch Bundesrat Kurt Furgler, einem Hochgradfreimaurer und Mitglied der Bilderberger sowie des Club of Rome in Kraft gesetzt. Auch die Bundesverfassung verlangt seit 1999 in Art. 191c die Unabhängigkeit der richterlichen Behörden.

Die Gerichte sind weder unabhängig noch unparteiisch und können willkürlich und unkontrolliert die Gesetze missachten. Furgler war sich diese Tatsache bewusst.

Die Gerichte sind weder unabhängig noch unparteiisch.

Politische Freiheit ist keine Tatsache, sondern eine blosser Idee. ... 1. Protokoll, 5. Absatz⁵

Führungstechnisch kann man Herrschaft nur ausüben, wenn man befehlen, kontrollieren und bestrafen kann. Wenn nur eine dieser Tätigkeiten fehlt, kann keine Herrschaft mehr ausgeübt werden. Mit der nachweislichen Aufhebung der Kontrolle (Oberaufsicht) hat das Parlament seine Herrschaft über die Staatsverwaltung abgegeben. Das Parlament als angeblicher Vertreter des Volkes hat damit gleichzeitig das Volk entmachtet. Wem hat es diese Macht übertragen?

Das Parlament hat nicht nur sich selbst, sondern auch das Volk entmachtet.

Es wird auf dem Planeten heute nirgendwo Demokratie praktiziert. Und soweit ich weiss, hat es noch nie eine gegeben, und auch im alten Griechenland gab es keine Demokratie.

*Lafayette Ronald Hubbard (1911-1986),
Gründer von Scientology, Hochgradfreimaurer und Satanist*

Das Wort Demokratie stammt aus dem Griechischen und bedeutet Volks-Herrschaft. Wenn das Volk keine Herrschaft ausüben kann, hat es folglich auch keine Demokratie. Die zitierte Aussage von Hubbard ist daher richtig.

Das Bundesgericht hat in seinem Geschäftsbericht über das Jahr 2002 eindeutig festgehalten, dass es keine Urteilstkontrolle geben darf, denn es ist den Richtern bewusst, dass sie systematisch Verbrechen begehen.

Den Richtern ist bewusst, dass sie Verbrechen systematisch begehen.

Wer hat das organisiert?

Somit stellt sich die Frage, wer hinter diesen Veränderungen steckt. Die entsprechenden Antworten rütteln massiv am Weltbild der Menschen, denn es hiess immer wieder: Freimaurer, Bilderberger eine Weltherrschaft errichten wollen.

Analysiere deinen Gegner, um seine Pläne in Erfahrung zu bringen, seine erfolgreichen genauso wie seine fehlgeschlagenen.

Sunzi / Sūnzǐ (544-496 v.u.Z.), chinesischer General, Militärstratege und Philosoph

Deshalb muss man sich zuerst vorurteilsfrei mit der Freimaurerei befassen. Die Freimaurerei ist nur eine von unzähligen Organisationen, die zum gesamten Machtsystem gehören. Liest man deren Bücher, so könnte man meinen, dass sie kein Wasser trüben können. Ganz anders, wenn man die Argumente ihrer Gegner liest. Damit erkennt man die Gegensätze. Gegensätze zeigen immer auf, dass etwas nicht stimmt. Bei der Klärung der Widersprüche bemerkt man, dass wir die Zusammenhänge der Geschichte gar nicht kennen. Deshalb ist es zwingend, sich das Geschichtsbild aufgrund der tatsächlichen Zusammenhänge zu erarbeiten. Dass wir diese in der Schule nicht lernen, ist kein Zufall.

⁵ www.brunner-architekt.ch à Politik à Geschichte im Zusammenhang à Bücher / Zusammenfassungen à Fleischhauer Ulrich, Die Protokolle von Babylon

Wie Herrschaft ausgeübt wird⁶

Demokratie ist Fassade der Plutokratie [Geldmacht]: Weil die Völker nackte Plutokratie nicht dulden würden, wird ihnen nominelle Macht überlassen, während die faktische Macht in den Händen der Plutokraten ruht. ... die Staatsmänner [sind] Marionetten, die Kapitalisten Drahtzieher: sie diktieren die Richtlinien der Politik, sie beherrschen durch Ankauf der öffentlichen Meinung [Presse] die Wähler, ... durch geschäftliche und gesellschaftliche Beziehungen [Korruption] die Minister.⁷

Richard Nikolaus Coudenhove-Kalergi (1894-1972), österreichischer Politiker, Gründer der Paneuropa-Union, Hochgradfreimaurer und Mitglied des Komitee der 300

Es genügt nicht, wenn wir nur die Führungstätigkeiten und die Geschichte einiger Massen kennen. Mit entscheidend für das umfassende Verständnis ist es, zu wissen, wie Herrschaft überhaupt ausgeübt wird.

Aufgrund der Analyse der politischen Arbeit kann man feststellen, dass die Parlamente ihren Pflichten in keiner

Die Parlamente spielen nur Theater.

Weise nachkommen. Sie spielen effektiv nur Theater, denn die Regierungen und Verwaltungen geben den Ton an. Aber auch sie sind nur Marionetten, weil sie die Befehle nicht vom Volk oder dem Parlament erhalten, sondern von unbekanntem Dritten. In den Nationalstaaten wirkt über den drei Gewalten – Parlamente, Regierungen, Gerichte – zusätzlich eine ideologische Macht, die ihrerseits von den eigentlichen Herrschern dirigiert wird, die alle Fäden in der Hand haben und überstaatlich agieren.

Die zentralsten Mittel ihrer Steuerung sind die Ideologien und die Geschichte, welche das tatsächliche Wissen und die Wahrheit unterminieren. Die Ideologien können nur verbreitet werden, weil uns der Zugang zur Wahrheit verwehrt ist, indem mittels der Ideologie Religion die alte Naturlehre vorenthalten wurde, mit der wir auch natürlich gesund werden können. Diese Ideologien werden von den Universitäten mithilfe der Medien immer wieder in neuer Mode verbreitet werden.

Die Regierungen setzen die vorgegebenen Ideologien in Gesetze um und die Parlamente nicken diese in einem Scheinkampf zwischen «politischen Parteien» ab. Hinter den Kulissen herrscht jedoch Einigkeit, nur die Agenda der eigentlichen Herrscher umzusetzen.

Die Regierungen setzen nur vorgegebene Ideologien in Gesetze um.

Die Gerichte sorgen deshalb nur dafür, dass die jeweiligen Ideologien eingehalten werden und die stetig wachsende setzt die Ideologien um- und durch.

Mit der Verwaltung wird die Herrschaft um- und durchgesetzt.

Die Rolle der Universitäten und Anwälte

Die Professoren werden von den kantonalen Regierungen ernannt. Seit der illegalen Privatisierung sind diese Professuren und auch die an die Studenten vergebenen Titel nicht mehr staatlich, sondern nur noch privat. Der Verein SIPS hat bei den Rechtsprofessoren eine Umfrage zur illegalen Privatisierung durchgeführt. Das Ergebnis: Niemand kann die Staatsprivatisierung widerlegen, und alle decken das illegale Treiben.⁸

Die Professoren schützen die illegalen Privatisierungen.

An den Universitäten werden die Studenten vorsätzlich falsch ausgebildet, indem man sie mit den verschiedenen vorgegebenen Ideologien infiziert und konditioniert. So wird beispielsweise die Ideologie der Gewaltenteilung

Die Studenten werden an den Universitäten falsch ausgebildet.

unterrichtet, aber nicht vermittelt, wie Herrschaft im Sinne des Volkes tatsächlich ausgeübt werden sollte. Desgleichen wird ihnen nicht erklärt, dass «unsere» Gerichte weder unabhängig noch unpartei-

⁶ www.brunner-architekt.ch à Drei Welten à Deutsch à Herrschaft

⁷ Coudenhove-Kalergi, Adel, Verlag der neue Geist, Leipzig 1922, Seite 31 (PDF Seite 35)
https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/2013/12/coudenhove_adel.pdf

⁸ www.hot-sips.com à Links, weitere Unterlagen à Umfrage bei Rechtsprofessoren

isch sind, wie Art. 6 der Menschenrechtskonvention vorgibt. Die Professoren sind Teil des Betrugssystems gegen das Volk, und das betrifft nicht nur die Rechtsfakultäten. Weiteres siehe im Aufsatz Herrschaft.⁶

Um Anwalt zu werden, muss ein Jurist eine Anwaltsprüfung bestehen. Diese muss er bei einer Kommission der obersten kantonalen Gerichten ablegen. Dabei verpflichtet er sich, die darin vorgegebenen «Bedingungen» einzuhalten. Ansonsten wird er disziplinarisch bestraft.

Die Anwälte betrügen ihre Klienten, indem sie mit den illegalen Behörden zusammenarbeiten.

Gleichzeitig partizipieren die Anwälte am Anwaltsmonopol, weil nur sie Dritte gegen Entgelt vor den Behörden vertreten dürfen. Obschon sie die oben beschriebenen Verbrechen täglich zur Kenntnis nehmen, thematisieren sie diese nicht in der Öffentlichkeit. Ganz im Gegenteil, sie schützen diese und zudem kooperieren sie mit den illegalen Kapitalgesellschaften, womit sie ihre Klienten nur betrügen.⁹

Der Angriff auf das Eigentum

Die Banken unterstützen dieses Betrugssystem ganz speziell.¹⁰ Es gibt verschiedene konkrete Hinweise, wie sie versuchen, fremdes Eigentum betrügerisch abzuschöpfen. Der Zusammenbruch der Credit Suisse ist nur ein weiteres Beispiel dafür: Sie wurde gezielt zugrunde gerichtet. Auch die weltweit sichtbare Bankenkrise zielt auf die Aufhebung des bürgerlichen Eigentums ab, wie von Marx und Engels im Kommunistischen Manifest vorgesehen und von Klaus Schwab, dem Gründer des WEF, mit den vielzitierten Worten beschrieben: «In 10 Jahren (bis 2030) werden Sie nichts mehr besitzen ...». Die heute sichtbaren Zersetzungen wurden schon lange vorausgeplant.

Bei der gegenwärtigen Auseinandersetzung geht es also nicht bloss um die Klärung von politischen Fragen, sondern um Sein oder Nichtsein auf beiden Seiten – der Politik, Justiz und Verwaltung sowie den dahinterstehenden Kreisen einerseits und dem Volk andererseits. Ohne aktive Gegenwehr würde die Gesellschaft immer weiter fragmentiert und zerstört.

Wollen Sie, liebe Leserinnen und Leser, dass diese gewaltige Korruption, die hier nur andeutungsweise skizziert ist, tatsächlich aber alle Gesellschaftsschichten und die gesamte Wirtschaft durchdringt, beendet wird? Dann ist es ein MUSS, dass Sie sich jetzt konsequent dagegen auflehnen und Ihren Unmut öffentlich ausdrücken. Eine Wende ist nur auf diesem Wege möglich, weil, wie Ihnen aufgezeigt wurde, alle formellen Beschwerdewege aus erklärten Gründen nicht zum Ziel führen. Deshalb können Einzelne systembedingt die Wende nicht allein schaffen. Mit weiterer Drückebergerei und Gleichgültigkeit wird die Gesellschaft nur weiter fragmentiert und zerstört. Unser entscheidender Trumpf ist, dass dem heutigen «Staatsapparat» die hoheitliche Handlungslegitimation fehlt, und deshalb wir können seine Funktionäre privat haftbar machen. Die entsprechenden Wege habe ich aufgezeigt.

Zusammenfassung

Wenn wir diese verschiedenen Prozesse stoppen, die illegale Privatisierung rückgängig machen und die Gerichtsurteile endlich wieder kontrollieren können, so wird das zur Folge haben, dass die gesamte Richterschaft geschlossen hinter Gitter wandert, gefolgt von den Politikern, dem Gros der Angestellten der Staatsverwaltungen, den Vertretern der kriminellen Organisationen und allen, die an der Planung und Umsetzung beteiligt waren.

Dieser Flyer ist in elektronischer Form vorhanden.¹¹

⁹ www.brunner-architekt.ch à Politik à Anwälte à Brief an den Schweiz. Anwaltsverband vom 13. April 2022

¹⁰ www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Private Unternehmen à Brief an die Geschäftsleitungen aller Banken und Wertpapierhäuser vom 18. Januar 2023

¹¹ www.brunner-architekt.ch à Politik à Schriftenwechsel à Diverse Korrespondenzen ab 2020 à Allgemein à Flyer à Flyer vom 21. März 2023